

# GÜNTER SCHORK FÜR SIE IM LANDTAG

WAHLKREIS GROSS-GERAU II (WK 48)



## BRIEF AUS WIESBADEN

Ausgabe 9 / 2011

**CDU**

# HERZLICH WILLKOMMEN



**Liebe Bürgerinnen und Bürger, liebe Parteifreunde,**

das November-Plenum des Hessischen Landtages stand ganz im Zeichen der Zweiten Lesung zum Haushaltsplan des Landes Hessen. Mit dem Haushalt 2012 gehen wir einen weiteren bedeutenden Schritt zum Abbau der Nettoneuverschuldung auf dem Weg zur Schuldenbremse. Der Haushalt 2012 ist geprägt von einem konsequenten Willen zur Haushaltskonsolidierung.

Wir sichern mit unserer Politik die Handlungsspielräume für die junge Generation. Trotz des Sparwillens setzt der Haushalt 2012 klare politische Schwerpunkte in den Bereichen Bildung, Innere Sicherheit, Wirtschaft und Verkehr und Zukunftsfähigkeit des Landes Hessen.

Gerade mit der Novellierung und Modernisierung der Hessischen Gemeindeordnung, deren Kernpunkte ich Ihnen in dieser Ausgabe des „Brief aus Wiesbaden“ vorstelle, helfen wir den Städten und Gemeinden, eine effiziente Verwaltungsstruktur und handlungsfähige Parlamentsarbeit zu gewährleisten.

Daneben erhalten Sie wie gewohnt einen Überblick über die Früchte der Arbeit im Landtag, die meinem Wahlkreis Groß-Gerau II direkt zugutekommen und beispielsweise helfen, eine zukunftsfähige Infrastruktur und Bildungslandschaft bereitzustellen.

Bei der Lektüre dieser Zeitung wünsche ich Ihnen viele Anregungen und freue mich mit Ihnen auf eine besinnliche Adventszeit.

Günter Schork MdL

## IN DIESER AUSGABE

- BEGRÜSSUNG
- LUISE-BÜCHNER-SCHULE UNTER DEN PILOTSCHULEN
- MODERNISIERUNG DER GEMEINDEORDNUNG
- GRUNDWASSERSITUATION IM HESSISCHEN RIED
- WINTERDIENST AUF HESSISCHEN STRASSEN
- INVESTITIONEN IN VERKEHRSINFRASTRUKTUR UND STRASSENBAU
- LANDESZUWENDUNGEN IM KREIS GROSS-GERAU
- BREITBANDVERSORGUNG

# POLITIK FÜR DEN WAHLKREIS

## Schulversuch in Hessen zur Anerkennung des Mittleren Abschlusses nach Klasse 9 im G8-Bildungsgang

### Luise-Büchner-Schule in Groß-Gerau unter den Pilotschulen

In Hessen wird es von diesem Schuljahr an einen zunächst auf fünf Jahre befristeten Schulversuch geben, um für diejenigen Schülerinnen und Schüler des verkürzten gymnasialen Bildungsgangs (G8), die die Schule am Ende der Sekundarstufe I nach Klasse 9 verlassen, eine Gleichstellung mit dem Mittleren Abschluss zu erreichen. Bisher haben diese Schülerinnen und Schüler einen dem Hauptschulabschluss gleichgestellten Abschluss erhalten.

Voraussetzungen für die Anerkennung sind:

- eine erfolgreiche Teilnahme an den schriftlichen Abschlussarbeiten im Bildungsgang Realschule in den Fächern Deutsch, Mathematik und 1. Fremdsprache sowie
- eine Versetzung in die Einführungsphase der gymnasialen Oberstufe.

Mit dieser bundesweit einzigartigen Regelung kommen wir in Hessen dem berechtigten Wunsch vieler Eltern sowie Schülerinnen und Schülern nach. Der Schulversuch endet zunächst mit Ablauf des Schuljahres 2015/2016. Dann entscheidet die Kultusministerkonferenz nach Vorlage des Schlussberichts, ob bestehende Abkommen oder Vereinbarungen geändert werden sollen.

Auch die Luise-Büchner-Schule in Groß-Gerau gehört zu den Pilotschulen, die an diesem Schulversuch teilnehmen. Die Pilotschulen sollen als Zentren verstanden werden, die mit anderen Schulen zusammenarbeiten und als Anlaufstelle für die betroffenen Schüler aus der Region dienen. Gerade in Groß-Gerau als zentralörtlicher Punkt im Landkreis ist die Ausweisung dieses Pilotprojekts ein wichtiges Zeichen für die kommunale Bildungspolitik.



# NEUES AUS WIESBADEN

## HESSISCHE GEMEINDEORDNUNG (HGO)

### **Modernisierung der Gemeindeordnung steigert die Effizienz von Verwaltung und Gemeindevertretung**

Die Modernisierung der Hessischen Gemeindeordnung und anderer kommunaler Gesetze bringt für Städte und Gemeinden zahlreiche Verbesserungen, die die Effizienz von Verwaltung und Gemeindevertretung steigern werden.

#### **Wesentliche Punkte**

##### Bürgerbeteiligung

Die Kommunen können künftig flexibler und effizienter agieren und auf die Bedürfnisse der Bürger noch besser reagieren. Der von den Regierungsfractionen vorgelegte Gesetzentwurf wird mehr Bürgerbeteiligung ermöglichen, indem die Vorschriften für Bürgerbegehren erleichtert werden. Die formalen Anforderungen werden vereinfacht, die Information der Antragsteller verbessert und eine nachträgliche Heilung bei Mängeln ermöglicht. Damit verbunden wird auch die Fusion von Gemeinden erleichtert werden. Unser Gesetzentwurf setzt so ein bereits im Koalitionsvertrag benanntes Anliegen um, nämlich die Bürgerschaft konstruktiv in den Entscheidungsprozess einzubeziehen.

##### Vertrauensfrage

Ein weiterer Beitrag für mehr Demokratie in den hessischen Gemeinden stellt die Einführung eines Misstrauensvotums dar. Bürgermeister oder Landräte, die sich des öffentlichen Vertrauens in ihre Amtsführung nicht mehr sicher sind, sollen das Recht erhalten, in der Gemeindevertretung eine Art Vertrauensfrage zu stellen. Beamtenrechtliche Versorgungsregelungen sollen künftig hierbei nicht mehr im Wege stehen.

##### Genehmigungspflicht für Kassenkredite

Konsequent verfolgen wir weiter den Weg, die Verschuldung unserer Städte und Gemeinden abzubauen. Kassenkredite sollen deshalb künftig wieder der Genehmigungspflicht unterliegen, damit dieses Instrument nicht zum Schaden der Gemeinde überstrapaziert werden kann.

##### Unternehmerische Betätigung von Kommunen

Zugleich ermöglichen wir der Gemeinde mehr unternehmerische Möglichkeiten. Durch die Einführung einer kommunalen Anstalt („öffentlich rechtliche GmbH“), wird eine Balance zwischen kommunaler Steuerung und unternehmerischer Freiheit geschaffen. Dies können zukünftig auch mehrere Kommunen gemeinsam realisieren. Auch wird eine Körperschaft des öffentlichen Rechts auf direktem Wege in eine Kapitalgesellschaft umgewandelt werden können. Für Gemeinden wird es künftig möglich werden, aus Zweckverbänden auszutreten. Oftmals sind solche Mitgliedschaften für Kommunen zur erheblichen Belastung geworden, ohne dass sie sich davon lösen können.

*(weiter auf der nächsten Seite)*

# NEUES AUS WIESBADEN

(weiter von vorheriger Seite)

## HESSISCHE GEMEINDEORDNUNG (HGO)

### **Modernisierung der Gemeindeordnung steigert die Effizienz von Verwaltung und Gemeindevertretung**

#### Neue Kommunikationstechnologien

Neue Kommunikationstechnologien finden jetzt auch Berücksichtigung in unseren Kommunalgesetzen. So wird die Nutzung von E-Mail und Internet für Veröffentlichung und Kommunikation der Organe eine gesetzliche Grundlage erhalten. Dies ist ein sinnvoller Schritt zum Anschluss von Verwaltung und Gemeindeparlament an die technische Entwicklung. Es erleichtert den Zugriff auf eine Vielzahl von Dokumenten und schont die natürlichen Ressourcen. Durch den eingebrachten weiteren Änderungsantrag wird überdies auch eine Ermächtigungsgrundlage für Film- und Tonaufnahmen während der Gemeinderatssitzung geschaffen. Die Schaffung einer größeren Medienöffentlichkeit ist gerade vor dem Hintergrund neuer digitaler Technologien eine Möglichkeit, die Einwohner und Bürger am kommunalen Geschehen teilhaben zu lassen. Um Minderheiten zu schützen und vertrauliche Beratungen zu ermöglichen, erfolgt eine entsprechende Entscheidung durch die qualifizierte Mehrheit der Gemeindevertretung.

#### Energiewirtschaftliche Betätigung

Als Ergebnis des Energiegipfels bleibt festzuhalten: Für die Kommunen wird der Ausgleich zwischen Ökonomie und Ökologie, den der Energiegipfel vorgezeichnet hat, förderlich sein. Eine entsprechende Änderung der Gemeindeordnung, die auch die energiewirtschaftlichen Betätigung der Kommunen erleichtern wird, werden wir in Kürze durch eine weitere Änderung der HGO auf den Weg bringen.

#### Vereinfachung bei Entschädigung von Gemeindevertretern

Die Einführung einer erleichterten Nachweispflicht für entgangenes Einkommen bei Freiberuflern, die sich als ehrenamtliche Gemeindevertreter engagieren, soll Selbständigen und Freiberuflern die Übernahme eines Mandates zu erleichtern

#### Stärkung der Parlamentsvorsteher

Desweiteren sieht die Novellierung eine explizite Hervorhebung der Repräsentationsfunktion des Parlamentsvorstehers vor, dem nunmehr das Recht auf Verfügungsmittel eingeräumt wird. Außerdem wird der Gemeindevorstand verpflichtet, zu informieren und aktiv zu unterstützen.

# POLITIK FÜR MEINEN WAHLKREIS

## Grundwassersituation im Hessischen Ried

### WICHTIGES THEMA FÜR DIE GESAMTE REGION MIT SACHVERSTAND ANGEHEN!

Mitglieder des Arbeitskreises Umwelt der CDU-Fraktion im Hessischen Landtag und weitere CDU-Landtagsabgeordnete aus Südhessen, darunter auch der CDU-Fraktionsvorsitzende im Kreistag Groß-Gerau Günter Schork besuchten am 28.10. den Wasserverband Hessisches Ried in Biebesheim am Rhein, um sich mit den Experten über die aktuellen Fragestellungen im Zusammenhang mit der Grundwassersituation im Hessischen Ried auszutauschen. Im Mittelpunkt der Gespräche stand die Frage nach einem fairen Ausgleich der berechtigten Interessen der betroffenen Bürger, des Natur- und Waldschutzes und der Landwirte sowie die Notwendigkeit einer zuverlässigen Trinkwasserversorgung für das Rhein-Main-Gebiet, die berücksichtigt werden müsse.



Beispiel für Vernässung in der Gemarkung Gernsheim

Der Sachverhalt rund um die Grundwassersituation im Hessischen Ried ist wichtig für die gesamte Region Südhessen und den Ballungsraum Rhein-Main. Wir haben uns deshalb mit Experten vor Ort getroffen, um die unterschiedlichen Positionen und Interessen genauer kennenzulernen. Wir arbeiten, gemeinsam mit der Landesregierung, bereits lange sehr intensiv an einem fairen Interessenausgleich. Dieser muss den langfristigen Erhalt des Waldes sicherstellen – darf aber gleichzeitig auch die anderen Interessen und Notwendigkeiten nicht vernachlässigen.

Das Wasser aus dem Hessischen Ried spiele eine wichtige Rolle für die Wasserversorgung des gesamten Rhein-Main-Gebietes. Auch die Interessen der Anwohner und Landwirte vor Ort, die eine Vernässung ihrer Keller und Felder fürchten, müssten berücksichtigt werden.

Hier kann es keine ‚Schwarz-Weiß-Lösung‘ geben. Vielmehr müssen wir genau abwägen, wie man ein für alle tragbares Ergebnis umsetzen kann. Nötig dafür ist der intensive Dialog mit Experten, aber vor allem mit den Menschen vor Ort, den wir als CDU weiter pflegen wollen.

# AUS DER PRESSE

## GÜNTER SCHORK: „BEIM WINTERDIENST AUF HESSISCHEN STRASSEN BLEIBT ALLES BEIM ALTEN“

„Beim Winterdienst auf hessischen Straßen bleibt alles beim Alten.“ Das teilte der heimische CDU-Abgeordnete Günter Schork hinsichtlich der Betriebszeiten beim Winterdienst der Hessischen Straßen- und Verkehrsverwaltung (HSV) mit. So werde, wie auch im vergangenen Winter, der Räum- und Streudienst auf Autobahnen, Bundesstraßen, Landes- und Kreisstraßen im gleichen Umfang durchgeführt. Die diskutierte Verkürzung der Streuzeiten auf Landes- und Kreisstraßen um zwei Stunden an Werktagen sei vom Tisch. Schork machte klar: „Wie bislang wird an allen Tagen der Woche von 6 bis 22 Uhr gestreut bzw. geräumt.“

So würden die Bundesautobahnen nun weiterhin rund um die Uhr offengehalten und alle 2 Stunden gestreut. Die Bundesstraßen würden im Zeitraum von 6 bis 22 Uhr offengehalten und alle 3 Stunden gestreut und geräumt. Für die Landes- und Kreisstraßen bleibe es bei einer Räum- und Streuzeit von 6 bis 22 Uhr.

Landtagsabgeordneter Schork dankte in diesem Zusammenhang den Männern und Frauen der Straßenmeistereien für ihre Tätigkeit: „Sie sorgen im Winter bei Eis und Schnee und oft während der Nachtstunden und an den Wochenenden für Sicherheit und Mobilität. Dafür sind wir Ihnen zu großem Dank verpflichtet“.

# UNTERWEGS IM WAHLKREIS

## GÜNTER SCHORK BEI DER ERÖFFNUNG DES GEOLIFE IN GROSS-GERAU: INFORMATIONSZENTRUM DES ÜWG ZUR TIEFENGEOTHERMIE IN GROSS-GERAU ERÖFFNET.

Hier finden Sie dazu alle Informationen:

<http://www.youtube.com/user/ErdwaermeGrossGerau>



# POLITIK FÜR MEINEN WAHLKREIS

## LAND HESSEN INVESTIERT ÜBER 45 MIO. EURO IN VERKEHRS- INFRASTRUKTUR UND STRASSENBAU IM KREIS GROSS-GERAU

Über 15 Millionen Euro erhielt der Kreis Groß-Gerau seit 1999 für den Landesstraßenbau vom Land Hessen. Wie aus einer von mir an das Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung gerichteten „Kleinen Anfrage“ hervorgeht wurden neben den vom Land zur Verfügung gestellten Mitteln für den Landesstraßenbau (15,39 Mio. Euro) weitere Investitionen in den kommunalen Straßenbau sowie den Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs getätigt.

Dem Landkreis Groß-Gerau wurden vom Land Hessen seit 1999 12,287 Millionen Euro für den kommunalen Straßenbau sowie 18,178 Millionen Euro für Infrastrukturmaßnahmen im ÖPNV zur Verfügung gestellt. Mit diesen Zuwendungen half und hilft die Hessische Landesregierung unserem Landkreis, aber auch den Städten und Gemeinden dringend notwendige Infrastrukturmaßnahmen im Verkehrs- und Straßenbauwesen zu realisieren. Als verlässlicher Partner stand und steht das Land Hessen an der Seite der kommunalen Familie.



### **Aktuelles Beispiel:**

#### **Kreis Groß-Gerau erhält Landeszuwendung für Straßenbau in Stockstadt**

Die hessische Landesregierung investiert im Rahmen von Fördermaßnahmen zur Verkehrsinfrastrukturförderung insgesamt 147.400 Euro in den Ausbau der K 153 / K 154 bei Stockstadt am Rhein. Mit der Förderung von Verkehrs- und Infrastrukturprojekten aus Mitteln des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes steht die hessische Landesregierung an der Seite ihrer Städte und Gemeinden.

# TERMINE IM WAHLKREIS

**24.11.2011 19.00 Uhr**

CDU-Kreisparteitag, „Zum Eigenheim“ in Trebur  
Zuhörtour von CDU-Generalsekretär Peter Beuth MdL

**09.12.2011 18.00 Uhr**

Bezirksparteitag CDU Südhessen

...

im gesamten Wahlkreis Weihnachts- und Adventsmärkte!

**FÜR SIE IM LANDTAG** **GÜNTER SCHORK**

# POLITIK FÜR MEINEN WAHLKREIS

## MÖRFELDEN-WALLDORF ERHÄLT LANDESZUWENDUNG FÜR BAHNHOF WALLDORF

Die hessische Landesregierung investiert im Rahmen von Fördermaßnahmen zur Verkehrsinfrastrukturförderung insgesamt 1,98 Millionen Euro in die grundlegende Außengestaltung des Bahnhofs Walldorf. Hierzu gehören der Bau einer Bushaltestelle, die Gestaltung des Bahnhofsumfeldes und der Farmstraße sowie die Einrichtung von Park+Ride-Anlagen und Bike+Ride-Anlagen. Mit der Förderung von Verkehrs- und Infrastrukturprojekten aus Mitteln des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes sowie des Finanzausgleichsgesetzes steht die hessische Landesregierung an der Seite ihrer Städte und Gemeinden. Mit dieser Zuwendung zeigen sich abermals die ernsthaften Bemühungen des Landes Hessen, die Kommunen auch in finanziell schwierigen Zeiten zu unterstützen und gerade in der Verkehrsinfrastrukturförderung wichtige Bauvorhaben zu ermöglichen.

## PARTEILEBEN

**Infostand der CDU Trebur:** Gemeinsam mit unserem Bundestagsabgeordneten Dr. Franz Josef Jung, CDU-Generalsekretär Peter Beuth MdL, dem Vorsitzenden der Gemeindevertretung Trebur Horst Staengle sowie dem CDU-Gemeindeverbandsvorsitzenden Carsten Sittmann stand ich im Oktober den Bürgern aus Trebur Rede und Antwort auf ihre Fragen, Anregungen und auch Kritik.



FÜR SIE IM LANDTAG **GÜNTER SCHORK**



# AUS DER LANDESPOLITIK

## **Leistungsfähige Breitbandversorgung in Hessen ist bald erreicht – Auch Standort Groß-Gerau wird gestärkt**

Für Unternehmen wie Institutionen, die tagtäglich mit großen Datenmengen umgehen müssen, ist eine schnelle Breitbandversorgung ein entscheidender technischer Vorteil. Gerade bei Aufgabenstellungen im Wirtschafts- und Dienstleistungsbereich, die nicht zwingend in den wirtschaftlichen Ballungsräumen erbracht werden müssen, eröffnen sich durch die Internet-Technologie neue Perspektiven. Mit den jetzt laufenden Projekten erhalten rund 99 Prozent der Haushalte in Hessen eine Grundversorgung bzw. eine Grundversorgungsperspektive von 2 MBit/s. Das ist eine herausragende Leistung und beweist die Tragfähigkeit der Internet-Strategie der Landesregierung, die auf privatwirtschaftlichen Lösungen mit öffentlicher Unterstützung basiert.

Die in diesem Jahr vorgestellte Strategie zum Aufbau von Hochgeschwindigkeitsnetzen, die auf der Einbindung von kleinen und mittelständischen Unternehmen beruht, setzt den bisherigen Erfolgskurs fort. Hochgeschwindigkeitsnetze sind ein unverzichtbarer Infrastrukturbestandteil zur Sicherung von Wohlstand und Beschäftigung, gerade auch im ländlichen Raum. Wir begrüßen es daher, dass das Land für den Ausbau dieser Netze ein groß angelegtes Bürgerschaftsprogramm mit einem Volumen von 200 Millionen Euro aufgelegt hat, um den Standort Hessen auch hier zukunftsfest zu machen.

Die Regierungsfractionen unterstützen das Ziel der Landesregierung, im Einklang mit den Zielen der Bundesregierung bis 2014 mindestens 75 Prozent, nach Möglichkeit jedoch allen hessischen Haushalten einen Zugang zu Hochleistungsbreitband-Internetanschlüssen zu ermöglichen. Hierbei setzen wir auf solche Systeme, welche dem wachsenden Bedarf der Bürger und der Unternehmen auch tatsächlich gerecht werden können. Damit erhalten und schaffen wir attraktive Arbeitsplätze in der Fläche, so dass junge Familien nicht in die Ballungsräume abwandern, sondern Nachfragepotentiale und Kaufkraft gerade auch in den ländlichen Regionen wie im Kreis Groß-Gerau gestärkt werden.

## **IMPRESSUM**

Günter Schork MdL  
Hessischer Landtag  
Schlossplatz 1 - 3  
65183 Wiesbaden  
Tel.: 06 11-35 06 89  
E-Mail: g.schork@ltg.hessen.de

**Günter Schork – Für Sie im Landtag**  
Brief aus Wiesbaden  
Ausgabe 9 / 2011

**Verantwortlich im Sinne des § 55 RStV:**  
Günter Schork